

UWE DATHE**Der Ordoliberalismus – ein liberaler Neuansatz während der
„Krise des Kapitalismus“¹**

Dass sich sowohl die politischen Ordnungen als auch die Wirtschaftsordnungen in Deutschland und anderen europäischen Staaten Ende der 1920er / Anfang der 1930er Jahre in einer Krise befanden, stand für die Ökonomen und Juristen, die wir heute als frühe Ordoliberale bezeichnen, außer Zweifel. Das deutet eines der ordoliberalen Gründungsdokumente, Walter Euckens Aufsatz „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“ von 1932, bereits im Titel deutlich an.² Die Begründer des Ordoliberalismus – Alexander Rüstow (1885-1963), Walter Eucken (1891-1950), Franz Böhm (1895-1977) und Wilhelm Röpke (1899-1966) – reagierten auf die Krisen in Politik und Wirtschaft mit einem liberalen Programm, das politische und wirtschaftliche Lösungsansätze vorschlug. In der Forschungsliteratur wird aber gerade die umfassende Ausrichtung dieses Programms bis heute verkannt. Man attestiert den frühen Ordoliberalen zwar ein liberales Wirtschaftsprogramm, ordnet ihre politischen Vorstellungen aber dem autoritären Lager zu. Viele Kritiker des Ordoliberalismus schließen dann sofort von dem eigentümlichen Konzept des starken Staates, das die Ordoliberalen vertraten, auf eine große Nähe zum Nationalsozialismus. Dieter Haselbachs ohne größere Kenntnis der Quellen, der veröffentlichten und der archivarischen, geschriebene Studie von 1991 „Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft“³ wird in der Geschichtswissenschaft weiterhin als das Referenzwerk zur Beurteilung des frühen Ordoliberalismus gelesen.

Viele der Kritiker gehen völlig ahistorisch vor – sie formulieren allgemeine (überzeitliche) Wesenszüge des Liberalismus und messen dann die Ordoliberalen daran. Repräsentativ dafür sind die Arbeiten von Philip Manow.⁴

¹ Der vorliegende Text entspricht der Vortragsfassung.

² Walter Eucken: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv 36 (1932), S. 297-321.

³ Dieter Haselbach: Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus, Baden-Baden 1991.

⁴ Philip Manow: Ordoliberalismus als ökonomische Ordnungstheologie, in: Leviathan 29 (2001), H. 2, S. 179-198; Ders.: Deutschland: Die Soziale Marktwirtschaft als interkonfessioneller Kompromiss, in: Ders.: Religion und Sozialstaat. Die konfessionellen Grundlagen europäischer Wohlfahrtsstaatsregime, Frankfurt a. M./New York 2008, S. 109-134.

Eine zweite Strategie der Kritiker besteht darin, bestimmte Begriffe aus ihren Kontexten herauszureißen und sie dann mit terminologisch gleich gefassten Begriffen aus anderen Kontexten zu vermischen. Das führt dann zur Vermengung der hinter diesen Begriffen liegenden politischen oder wirtschaftlichen Konzeptionen. Das Paradebeispiel dafür ist in meinem Fall der „starke Staat“. Diese Strategie geht auf Haselbach zurück und findet sich z.B. jetzt in den Studien von Daniela Rütter⁵ und Roman Köster.⁶

Die dritte, besonders beliebte, Strategie ist es, Wissenschaftler und Politiker, die zu bestimmten Zeitpunkten mit Ordoliberalen in den wissenschaftlich-wirtschaftspolitischen Gedankenaustausch kamen, woraus sich dann auch Teilüberschneidungen in ihren Auffassungen und bei einigen von ihnen auch die Übernahme ordoliberaler Positionen ergaben, die aber in den späten 1920er, den 1930er und frühen 1940er Jahren keine liberalen Positionen vertraten, dem Ordoliberalismus insgesamt zuzuordnen und dann vom „Nicht-Liberalismus“, in manchen Fälle gar vom Anti-Liberalismus dieser Männer auf den Ordoliberalismus zu schließen – ich denke hier an Heinrich von Stackelberg, Erwin von Beckerath, Erich Preiser, Alfred Müller-Armack, Ludwig Erhard, Erich Welter (dieser war um 1930 ein Liberaler, der eher der österreichischen Schule nahestand, vertrat dann in den Jahren 1938-1945 vehement antiliberalen Positionen), Günter Schmolders, Adolf Lampe, Constantin von Dietze. Kompliziert wird die Sache auch noch dadurch, dass Eucken und Böhm in den 1930er und 1940er Jahren zu einigen der Genannten freundschaftliche Beziehungen unterhielten, die Freundschaften aber nur in Teilmengen zur Übernahme ordoliberaler Auffassungen führten.

Strategie Nummer vier ist die, die Idee des Wettbewerbs und der vollständigen Konkurrenz mit der Idee des biologischen Ausleseprozesses zu verbinden – Beispiele sind Daniela Rütter⁷ und im Anschluss an sie Volker Weiß.⁸ Sie verkennen, dass der Konkurrenzbegriff nichts über den Untergang des Unterlegenen aussagt, sondern allein Probleme der Preisbildung betrifft – bei beiderseitiger vollständiger Konkurrenz kann kein Anbieter oder Nachfrager Preise diktieren, diese bilden sich auf einem anonymen Markt. Ein Blick in Euckens

⁵ Daniela Rütter: Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler, Paderborn 2002. Rütter hat ihre Position in verschiedenen Aufsätzen inzwischen abgeschwächt. Da aber vor allem ihr Buch, dessen Bedeutung ich an dieser Stelle nicht würdigen kann, zitiert wird, führe ich es als Beispiel an.

⁶ Roman Köster: Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Göttingen 2011.

⁷ D. Rütter, Widerstand.

⁸ Volker Weiß: Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012, S. 441.

„Grundlagen der Nationalökonomie“⁹ zeigt, wie Eucken Konkurrenz fasst und wie er seinen Konkurrenzbegriff vom Alltagsverständnis abhebt! Auch im Wettbewerb geht es nicht darum, die „Verlierer“ auszumerzen, sondern, die Unternehmen vom Markt zu nehmen, die nur mit Verlusten produzieren oder auf Staatshilfen angewiesen sind. Die „Verlierer“ können sich jederzeit um neue Marktchancen bemühen und somit wieder am Wettbewerb teilnehmen.

Die fünfte Strategie ist es, die konkrete Kritik von Eucken, Rüstow und Böhm an der tatsächlichen Politik von Politikern und Parteien in der Weimarer Republik als eine prinzipielle Kritik an jeder politischen Form aufzufassen, die nicht obrigkeitsstaatlichen oder gar autoritären Formen folgt.

In einem ersten Abschnitt werde ich die Wege der ordoliberalen Gründungsväter zum Liberalismus skizzieren und dabei besonders auf ihr Staatsverständnis Ende der 1920er / Anfang der 1930er Jahre eingehen. Dabei berücksichtige ich Wilhelm Röpke weniger, in seinem Fall ist es in der Forschung unstrittig, dass er in der Zwischenkriegszeit ein Liberaler war (DDP-Mitglied, Freihändler, außenpolitisch Stresemann-Anhänger).¹⁰ – vgl. dazu vor allem die Biographie „Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung“ (Stuttgart 2005) von Hans Jörg Hennecke sowie Alfred Schüller: Wilhelm Röpke – Werk und Wirken in Marburg, in: ORDO 54 (2003), S. 21-49.

In einem zweiten Abschnitt frage ich danach, wie die Ordoliberalen auf die Machtergreifung des Nationalsozialismus reagiert haben.

Ein dritter Abschnitt ist dem Weg des Ordoliberalismus von 1933 bis 1937 gewidmet.

Zum Schluss gehe ich in einem Ausklang auf das Jahr 1938 und Entwicklungen im Ordoliberalismus ein, die durch Ereignisse des Jahres 1938 mit hervorgerufen wurden.

Erster Abschnitt

Mitte der 1920er Jahre bildeten sich in Deutschland und Österreich mehrere Kreise von Ökonomen, die gegen die Dominanz der jüngeren Historischen Schule an Universitäten, in Fachgesellschaften und der Öffentlichkeit auftraten. Die Vertreter dieser Schule trugen nach

⁹ Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena 1940.

¹⁰ Vgl. vor allem Hans Jörg Hennecke: Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart 2005; Alfred Schüller: Wilhelm Röpke – Werk und Wirken in Marburg. Lehren für Gegenwart und Zukunft, in: Ordo 54 (2003), S. 21-49.

Ansicht der liberalen Österreichischen Schule um Ludwig von Mises, einiger marxistischer Theoretiker sowie einer sehr heterogenen Gruppe nicht-marxistischer Nationalökonominnen wenig zum theoretischen Verständnis der ökonomischen Gegenwartsprobleme bei und verloren sich oftmals in wirtschaftspolitischer Prinzipienlosigkeit. Die Vertreter der dritten Gruppe sammelten sich um Alexander Rüstow, der 1924 aus dem Reichswirtschaftsministerium ausgeschieden war und von 1924 bis 1933 als wissenschaftlicher Berater im Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten wirkte. Etwas vereinfacht gesagt gehörten die Freunde Rüstows zwei wirtschaftspolitischen Richtungen an: dem nicht-marxistischen Sozialismus (Adolf Löwe, Eduard Heimann, Gerhard Colm, Hans Neisser) und dem Liberalismus (Eucken und Hans Gestrich). Diese Konstellation ist nicht ganz zufällig entstanden. Sie hängt mit Rüstows eigenem Weg vom Sozialismus zum Liberalismus zusammen. Eucken wiederum kam von extrem konservativ-nationalen Positionen aus zum Liberalismus. Einen ähnlichen Weg wie Eucken legte auch Hans Gestrich (1895-1943) zurück. Diese drei kamen bis Mitte der 1920er Jahre sehr oft zusammen (Rüstow und Gestrich wirkten von 1918 bis 1933 in Berlin, Eucken von 1918 bis 1925.) Sie kannten sich aus der gemeinsamen Kriegszeit (Rüstow und Eucken) bzw. aus dem Berliner Seminar von Hermann Schumacher (Eucken und Gestrich). Zum Wirtschaftsliberalismus kamen sie, weil sie sahen, dass weder sozialistische noch konservative wirtschaftspolitische Ideen und Programme die wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart (Inflation, innere Not, Außenwirtschaftsbeziehungen, Reparationen) lösen konnten. Ihre Kritik gegen linke und rechte Wirtschaftsvorstellungen entzündete sich vor allem an der Macht von Kartellen, Monopolen, großen Interessentenverbänden, aber nicht nur an deren wettbewerbsfeindlicher Marktdominanz, sondern auch an dem politischen (parlamentarischen) Einfluss dieser Gebilde, ihrem Einfluss auf die Presse (so verlor z.B. auf Druck der Schwerindustrie Hans Gestrich seinen Redakteursposten bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“) und auf die Besetzung von Lehrstühlen – nachzulesen ist die Kritik von Eucken, Rüstow und Gestrich in ihren Zeitungs- und Magazinbeiträgen und im Briefwechsel.¹¹ Außenpolitisch unterstützten alle drei die Politik Gustav Stresemanns, und verbunden mit der scharfen Kritik der deutschnationalen Wirtschaftspolitik führte ihr Stresemann-Kurs zu einem parteipolitischen Präferenzwechsel – sie fühlten sich ab 1925/26 der DVP nahe. In den großen Debatten der späten 1920er Jahre über Freihandel und Zollpolitik, Kartelle und

¹¹ Überliefert in den Nachlässen Rüstow (Bundesarchiv Koblenz) – sehr umfangreich – und Eucken (Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena).

Wettbewerb sowie eine von nationalen Interessen geleitete und dennoch rationale Außen- und Außenwirtschaftspolitik kamen Rüstow und Eucken dem Marburger Professor Wilhelm Röpke nahe, und als 1928 ein nicht mehr ganz junger Mann mit 33 Jahren sein schriftstellerisches Debut gab, erkannte Rüstow, dem in diesen Jahren keine halbwegs relevante Arbeit zu Fragen der Wirtschaftsordnung verborgen blieb, sofort, dass der in der Kartellabteilung des Reichswirtschaftsministeriums tätige Jurist Franz Böhm zu seinem Kreise passen würde. Er nahm den Kontakt zu Böhm auf und regte ihn an, die im Aufsatz „Das Problem der privaten Macht. Ein Beitrag zur Monopolfrage“¹² entwickelten Gedanken weiter auszuarbeiten. Böhms Hauptgedanke war, dass mit der im 19. Jahrhundert durchgesetzten Entscheidung für eine marktwirtschaftliche Ordnung eine Wirtschaftsverfassung in Kraft gesetzt worden ist, deren zentrales Ordnungsprinzip, die Wettbewerbsfreiheit, nicht zur Disposition privatrechtlicher Vereinbarungen steht. Böhm, der in dem Aufsatz auch das Verhältnis von politischer Ordnung und Wirtschaftsordnung berührt, kommt auf die Grundrechte zu sprechen. In ihnen sieht er eine notwendige Bedingung für eine funktionierende Staatsordnung. Publiziert wurde dieser Aufsatz 1928 in der „Justiz“, der Zeitschrift des Republikanischen Richterbundes!¹³ Böhms politische Haltung Ende der 20er / Anfang der 30er Jahre lässt sich auch aus diesem Publikationsort ablesen, sie lässt sich aber auch Äußerungen seiner Schwiegermutter Ricarda Huch entnehmen. Wie Eucken, Rüstow und Gestrich zur politischen Grundordnung der Weimarer Republik standen lässt sich zum einen ihrer Korrespondenz entnehmen; zum anderen haben wir für Rüstow Denkschriften im Nachlass und die Publikation eines 1929 gehaltenen Vortrages „Diktatur innerhalb der Grenzen der Demokratie“ und schließlich für Gestrich die Broschüre „Liberalismus als Wirtschaftsmethode“.¹⁴ Was können wir diesen Quellen entnehmen? Sie interpretierten die politische Krise der Republik als Krise der Verhältnisdemokratie. Die Ordoliberalen waren der Auffassung, dass in einer Verhältnisdemokratie jede konsequente Wirtschaftspolitik unmöglich werde, da die Parteien bei ihrer Suche nach Kompromissen einander widersprechende soziale und wirtschaftliche Interessen zu befriedigen suchten. Das Weimarer System ermögliche es so, dass die einzelnen Gruppen auf diese

¹² Abgedruckt in: Franz Böhm: Reden und Schriften. Über die Ordnung einer freien Gesellschaft, einer freien Wirtschaft und über die Wiedergutmachung, hg. von Ernst-Joachim Mestmäcker, Karlsruhe 1960, S. 25-45.

¹³ Justiz 1928, H. 3, S. 324-345.

¹⁴ Nachlass Rüstow N 1169/2-4, 6, 16, 17, 18, 18a, 20, 23, 25-27, 241, 260, 262, Bundesarchiv Koblenz; Alexander Rüstow: Diktatur innerhalb der Grenzen der Demokratie, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7 (1959), S. 87-111; Nachlass Walter Eucken, Korrespondenzen, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena; Nachlass Rudolf Eucken, Material zum Euckenbund, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena; Hans Gestrich: Liberalismus als Wirtschaftsmethode, Berlin 1930.

Weise den Staat für ihre jeweiligen Zwecke ausnutzten und eine klare, auf Mehrheitsentscheidungen basierende Politik verhinderten. Sie hofften auf eine Reform der Republik hin zu einem auf dem Mehrheitswahlrecht fußendem Parlament und einer starken Regierung.

Dass die frühen Ordoliberalen auf die drängenden wirtschaftspolitischen Probleme der Zeit nicht dogmatisch, d.h. im Sinne der reinen liberalen Lehre, reagiert haben, zeigt ihre Rolle bei zwei Initiativen für eine aktive Konjunkturpolitik des Staates. Röpke war Mitglied der Brauns-Kommission, Röpke und Eucken nahmen an der Geheim-Konferenz der Friedrich-List-Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung teil und unterstützten hier den ordnungspolitisch korrigierten Plan Wilhelm Lautenbachs. Dieser Plan sah vor, mit Reichsbankkrediten öffentliche Arbeiten zu finanzieren und auf diese Weise eine Initialzündung für die Konjunktur zu geben. Die „liberalen Korrekturen“ des ursprünglichen Lautenbach-Plans wurden auch von sozialistischen Theoretikern wie Gerhard Colm und Hans Neisser mitgetragen. Dass ordoliberale Ökonomen hier so flexibel reagierten, hängt wohl auch mit ihren exzellenten Beziehungen zu den frühen deutschen Keynesianern (Hansjörg Klausinger spricht von einer keynesianischen Krisenpolitik *avant la lettre*)¹⁵ Wilhelm Lautenbach und Hans Gestrinch ab. Interessant ist, wer anders als Eucken und Röpke in diesen beiden Fällen eine aktive staatliche Konjunkturpolitik ablehnte – das waren zum einen die Österreicher mit Mises und Hayek, das waren aber auch deutsche Liberale wie Moritz Julius Bonn, Erich Welter, Alfred Lansburgh, und es waren Männer wie Karl Diehl und Rudolf Hilferding, die ansonsten nicht als Vertreter klassisch-liberaler Auffassungen hervorgetreten sind.

Eucken, der 1931 in einem Vortrag vor dem *Euckenbund* festgestellt hatte, dass die leidenschaftliche Ablehnung des Liberalismus ein Hauptstück im Aufbau der Lebensanschauung vieler Menschen geworden sei, verteidigte 1932/33 zusammen mit Rüstow, Röpke, Gestrinch und Böhm den von links wie rechts angegriffenen Liberalismus vehement. Eucken, Rüstow und Röpke schlossen sich dem *Bund für freie Wirtschaftspolitik* an und traten gegen die in rechten Kreisen zirkulierenden Autarkiepläne auf. Der Verteidigung liberalen Denkens dienen auch die beiden Texte von 1932, die als Gründungsdokumente des Ordoliberalismus gelten – Euckens Aufsatz „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“¹⁶

¹⁵ Hansjörg Klausinger: Die größten Ökonomen. Friedrich A. von Hayek, Konstanz/München 2013, S. 72.

¹⁶ W. Eucken, Staatliche Strukturwandlungen.

und Rüstows Rede „Freie Wirtschaft – starker Staat“¹⁷. Der umfassende Ansatz des „neuen Liberalismus“ (Rüstow) tritt noch deutlicher zutage, wenn man die beiden für ein Fachpublikum verfassten Beiträge zusammen mit dem zeitgleich an ein breites bildungsbürgerliches Publikum adressierten Aufsatz Euckens „Religion – Wirtschaft – Staat“¹⁸ liest.

Eucken und Rüstow zeigen, dass in Deutschland wirtschaftliche Machtgruppen immer stärker die Politik bestimmten, dass die alten Verhältnisse, in denen der Staat als Organ des Gemeinwillens die Politik beeinflusste, Verhältnissen gewichen seien, in denen die stark monopolistische und wettbewerbsfeindliche Großindustrie und Großlandwirtschaft die Führung in dem Verflechtungsprozess von beiden zu übernehmen begannen. Die nicht vermachteten Industrien, in denen der Wettbewerbsgeist herrsche, seien zwar wirtschaftlich, nicht aber politisch bedeutsam. Der von wirtschaftlichen Machtgruppen dominierte „interventionistische Wirtschaftsstaat“ hemme den wirtschaftlichen Wettbewerb und mache den bisherigen Regulator, das Preissystem, funktionsunfähig. Als Alternative zu einem von Interessentengruppen dominierten Staat fordern die Ordoliberalen einen starken, die Regeln des Wettbewerbs setzenden und überwachenden Staat. Legitimiert wird dieser starke Staat nicht durch einen Rekurs auf die Schöpfungsordnung, das Volk oder einen Führer, sondern strikt funktional. Der starke Staat ist die Bedingung der Möglichkeit des Funktionierens einer auf das Preissystem gegründeten Wirtschaftsordnung. Keine Rolle spielte der Staat in Euckens Konzeption (die von Rüstow und Gestrich geteilt wurde) bei der Lösung der Lebens- und Sinnkrise des Gegenwartsmenschen. Die geistige Strömung der Gegenwart, die versuche „vom Staate her, durch Aufgehen des Einzelnen im Staat“ dem Leben wieder Sinn zu verleihen¹⁹, wird von Eucken scharf kritisiert. Sie lösche die freie Persönlichkeit aus und ordne das Individuum ganz dem „totalen Staat“ unter.²⁰ Dem politisch-weltanschaulichen Liberalismus gehe es hingegen gerade darum, „die freie private Sphäre des Einzelnen auszuweiten und gegen Staatseingriffe zu schützen“.²¹ Den Sinnzusammenhang des Lebens könne man nur als Individuum gewinnen – die autonomen Gebiete der modernen Kultur müssten „im Rahmen der

¹⁷ Alexander Rüstow: Freie Wirtschaft – starker Staat. Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus, in: Franz Boese (Hg.), Deutschland und die Weltkrise. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Dresden 1932, München und Leipzig 1932, S. 62-69.

¹⁸ Walter Eucken: Religion – Wirtschaft – Staat. Zur Problematik des Gegenwartsmenschen, in: Die Tatwelt 8 (1932), S. 82-89.

¹⁹ Ebd., S. 85.

²⁰ Ebd., S. 87.

²¹ Ebd.

eigenen Persönlichkeit“ ineinandergefügt werden. Ausdrücklich warnte Eucken 1932 vor „revolutionären Führern“.

Mit einem Verweis auf Hermann Hellers Aufsatz „Autoritärer Liberalismus?“²² und die dort vorgetragenen Analysen zum Verhältnis Staat – Wirtschaft bezeichnen Haselbach und alle, die ihm folgen, und die meisten die Haselbach folgen, lesen nur Haselbach und nicht die Originale – also weder Eucken, noch Böhm oder Rüstow, auch nicht Heller – das Konzept der Ordoliberalen als autoritären Liberalismus. Heller hebt als Charakteristikum dieses Liberalismus tatsächlich den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft hervor; dieser Rückzug bedeutet in Hellers Sicht aber den totalen Rückzug – d.h. die Wirtschaft könne funktionieren wie sie wolle, und das führt nach Hellers scharfsichtiger Analyse zur Bildung großer Machtkörper. Und diese Machtkörper – Heller nennt Großbanken, Großindustrielle und Großagrarien – können auf die Subventionspolitik des Staates setzen.²³ Autoritär ist dieser Liberalismus, weil der Staat diese von ihm freie Wirtschaft gegen alle ihre Gegner, hier hat Heller vor allem die Arbeiterbewegung im Blick, mit Mitteln der Gewalt und der staatlichen, die Massen lenkenden Kulturpolitik schützt. Wer nur einen kurzen Blick in die 1932er Texte von Eucken und Rüstow geworfen hat, müsste sehen, dass es beiden ebenso wie Röpke und Böhm gerade darum ging, solche Machtkörper aufzulösen und grundsätzlich zu verhindern und nicht noch mit Subventionen künstlich am Leben zu erhalten. Außerdem lassen sich die Liberalen an keiner Stelle über die von Heller erwähnten Schutzfunktionen des Staates aus. Ähnliche Analysen über das Verhältnis Staat – Wirtschaft (der Staat hält sich aus der Wirtschaft heraus und akzeptiere alle Konzentrationsprozesse wie Monopole und Kartelle) legen Anfang der 1930er Jahre Hans Rosenberg²⁴ und Autoren der „Zeitschrift für Sozialforschung“ (Herbert Marcuse, Friedrich Pollock, Kurt Baumann, Gerhard Meyer) vor. Und auch hier werden Liberalismus und autoritärer Staat in einen engen Zusammenhang gesehen – der autoritäre Liberalismus fordere eine „Ordnung‘ der Konkurrenz durch freiwilligen Zusammenschluss der Industrie“.²⁵

In der Diagnose sind sich die Ordoliberalen und die eben erwähnten Sozialisten einig (Strukturwandlungen des Kapitalismus von einem System der freien Konkurrenz zu konkurrenz-

²² Die Neue Rundschau 1/1933, S. 289-298.

²³ Ebd., S. 296.

²⁴ Vgl. Ewald Grothe: Hans Rosenberg und die Geschichte des deutschen Liberalismus. Seine unveröffentlichte Antrittsvorlesung vom Januar 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2014, H. 1, S. 109-138.

²⁵ Kurt Mandelbaum: Neue Literatur zur Planwirtschaft, in: Zeitschrift für Sozialforschung 4 (1935), S. 81-94, hier S. 81.

aufhebenden Vermachtungsformen, Schutz dieser Vermachtungen durch einen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft) – im Vorschlag zur Therapie unterscheiden sie sich. Während die o. g. Sozialisten, aber auch nicht-marxistische sozialistische Ökonomen wie Eduard Heimann und Gerhard Colm, mit denen Eucken, Röpke und Rüstow im engen Kontakt waren, für eine sozialistische Wirtschaftsordnung (ich lasse den Ausdruck so allgemein stehen) plädieren, suchen die Ordoliberalen nach einer Ordnung, in denen die klassischen Prinzipien des Liberalismus gelten, allerdings unter der Bedingung, dass die Freiheit der Wirtschaft nicht zur Aufhebung eben dieser Freiheit führt.

Zweiter Abschnitt

Wie reagierten die Ordoliberalen auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten?

Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow emigrierten bereits 1933. Röpke hatte vor seiner Emigration in öffentlichen Vorträgen und auf der Trauerfeier für seinen Marburger Kollegen Walter Troeltsch den neuen Staat scharf angegriffen und wurde schon am 25. April 1933 beurlaubt. Rüstow, der für einen Moment glaubte, dass die neuen Machthaber Schwerindustrie und Großlandwirtschaft entmachten könnten, verließ Deutschland nach einer Hausdurchsuchung durch die Gestapo Mitte des Jahres.

Franz Böhm lehnte mit dem Hinweis, dass er sich mit seinem opus nicht ans Dritte Reich anschließen möchte, den Vorschlag seines Doktorvaters Heinrich Hoeniger ab, seine Habilitationsschrift im Sinne der neuen politischen und wirtschaftspolitischen Lage umzuarbeiten oder zumindest mit einem politisch angemessenen Vorwort zu versehen. Er stand voll hinter seiner Schwiegermutter Ricarda Huch, als diese in schärfster Form im Frühjahr 1933 als national bewusste Patriotin die Freiheitsrechte aller in Deutschland Lebenden verteidigte, den Antisemitismus verurteilte und aus der Akademie der Künste austrat.

Walter Eucken widersetzte sich der Gleichschaltungspolitik in den Institutionen, in denen er tätig war: An der Freiburger Universität war er der Kopf des Protestes gegen die NS-Gleichschaltung durch den neuen Rektor Martin Heidegger – dass Heidegger seine universitären Gegner vor allem unter den Juristen und Ökonomen gesehen hat, zeigt ein Brief Heideggers an Carl Schmitt, in dem er diesen bittet, mit ihm zusammen in Freiburg die Rechts-

und Staatswissenschaftliche Fakultät „von Innen her neu aufzubauen“.²⁶ Zeitgenossen erinnerten sich an akademische Veranstaltungen 1933 in Erfurt und Heidelberg, auf denen Eucken in aller Öffentlichkeit gegen das Regime aufgetreten war.²⁷ Versuche führender Köpfe des Euckenbundes, den Bund dem Nationalsozialismus anzunähern, lehnte er scharf ab.

Im Oktober 1933 schrieb Eucken in der vom Euckenbund herausgegebenen Zeitschrift „Die Tatwelt“: „Angst vor der Ratio, Geringschätzung des Denkens, Vertrauen auf andere Kräfte des Menschen sind wesentliche Kennzeichen der Epoche, in der wir leben. [...] Die antirationalistische Haltung einzelner oder schmalere Bildungsschichten ist allmählich in breite Kreise gedrungen und beherrscht die heutige Zeit. Taten sind der Gegenwart wichtiger als Wahrheiten, Handeln wichtiger als Denken, Gefühl und Stimmung wichtiger als Vernunft. Denken ist liberal – meinte vor kurzer Zeit eine bekannte Persönlichkeit. Angesichts der heutigen Haltung zum Liberalismus ist damit das entschiedenste Verdammungsurteil über das Denken gesprochen.“²⁸ Dieser Verdammung des Denkens, der Relativierung der Wahrheit zugunsten „des Willens, des Körpers, der Natur“ setzte Eucken ein strikt theoretisches Werk entgegen, dessen methodologischen Grundzüge er im engen Anschluss an Edmund Husserls Wissenschaftsideal 1934 in der Einleitung zu den „Kapitaltheoretischen Untersuchungen“ präsentiert.²⁹ Scharf polemisiert Eucken gegen alle Auffassungen, die Erkenntnis von bestimmten, nicht-allgemeinen Bedingungen abhängig zu machen – einem Klassenstandpunkt, dem Geist einer Zeit, dem Volksgeist, dem *man*, der genialen Intuition. Das Buch, von Fachkollegen geschätzt, brachte ihm einen Ruf an die Universität Leipzig ein – abgelehnt wurde Eucken, weil seine Auffassungen „liberalistisch“ seien. Eucken blieb in Freiburg.

Dritter Abschnitt

Nach der Emigration von Rüstow, der endgültigen Übersiedlung Böhm nach Freiburg und der Berufung des Juristen Hans Großmann-Doerth an die Freiburger Universität verlagerte sich das organisatorische Zentrum des Ordoliberalismus 1933 von Berlin nach Freiburg. Eucken, Böhm und Großmann-Doerth entdeckten, dass sie sich unabhängig voneinander mit

²⁶ Edition und Kommentar zu dem Brief von Heidegger an Schmitt vom 22. 8. 1933 durch Reinhard Mehring, in: Merkur 67 (2013), H. 1, S. 73-78, hier S. 74.

²⁷ Nachweise bei Wendula Gräfin von Klinckowstroem: Walter Eucken. Eine biographische Skizze, in: Lüder Gerken (Hg.): Walter Eucken und sein Werk, Tübingen 2000, S. 87 f.

²⁸ Walter Eucken: (1933). Denken - Warum?, in: Die Tatwelt 9 (1933), Jg., Heft 10, S. 148-152, hier S. 148f.

²⁹ Walter Eucken: Kapitaltheoretische Untersuchungen. Mit einer Einleitung in die Sammlung: Was leistet die nationalökonomische Theorie?, Jena 1934, S. 1-51.

den gleichen wissenschaftlichen Problemen befassten. Sie richteten ihre speziellen Forschungen auf „die Frage der privaten Macht in einer freien Gesellschaft“ aus und kamen von da „zu der Frage, wie die Ordnung einer freien Wirtschaft beschaffen“ sein müsse. Und Böhm, von dem die Zitate stammen, führt weiter aus: „Von da gelangt man zu der Frage, welche Typen und Möglichkeiten von Wirtschaftsordnungen es überhaupt gibt, welche Rolle in ihnen jeweils die Macht spielt, und zwar die Macht der Regierung als auch die Macht von Privatpersonen und privaten Gruppen, und welche Ordnungsstörungen auftreten, wenn sich innerhalb des Staates und der Gesellschaft eine andere Machtverteilung herausbildet als diejenige, die dem jeweiligen Wirtschaftssystem ordnungskonform ist“.³⁰ In den Gemeinschaftsseminaren von Eucken, Böhm und Großmann-Doerth begann die Forschungs- und Lehrgemeinschaft, die schon bald als *Freiburger Schule* firmierte. Eucken und seine Kollegen betrieben den Schulaufbau mit strategischem Weitblick. Schon bald nach Beginn ihrer Zusammenarbeit fassten sie den Plan, die Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“ herauszugeben, in der die einzelnen Fragen des Zusammenhangs zwischen Wirtschaft, Recht und Staat monographisch untersucht werden sollten. In dem von Eucken, Böhm und Großmann-Doerth unterzeichneten Manifest „Unsere Aufgabe“, das der Reihe als Einleitung vorangestellt wurde, entwickeln die Autoren ein neuartiges Forschungsprogramm für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.³¹ Methodisch wandten sie sich gegen den Historismus und den Relativismus (gegen eine Wissenschaft, die zum „Trabanten“ wird), praktisch gegen eine von einzelwirtschaftlichen Interessen geleitete Wirtschaftspolitik und eine Zementierung wirtschaftlicher Machtgruppen. Die Einleitung kritisiert geistige Strömungen, die in der Ideologie des Nationalsozialismus eine wichtige Rolle spielten, argumentiert gegen wirtschaftliche Machtballungen (Kartellpolitik des Nationalsozialismus!) und plädiert für einen offenen Leistungswettbewerb.

³⁰ Franz Böhm: Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Über das Recht der Ordnung der Wirtschaft, in: Hans Julius Wolf (Hg.): Aus der Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften zu Freiburg, Freiburg 1957, S. 95-113; wir zitieren nach dem Wiederabdruck in: Ernst-Joachim Mestmäcker (Hg.): Franz Böhm. Reden und Schriften, Karlsruhe 1960, S. 158-175, hier S. 162.

³¹ Franz Böhm / Walter Eucken / Hans Großmann-Doerth: Unsere Aufgabe, in: Franz Böhm: Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart/Berlin 1937, S. VII-XXI (Ordnung der Wirtschaft, Heft 1).

Mitte der 1930er Jahre trat Eucken mit öffentlichen Vorlesungen und Streitgesprächen in Freiburg direkt und für alle Hörer offen erkennbar gegen den Subjektivismus und Irrationalismus der nationalsozialistischen Wissenschaftsauffassung auf.

Zum ordoliberalen Staatsverständnis im Zeitraum 1933 bis 1938 haben wir nur wenige Texte. Hans Großmann-Doerth ging in seiner Freiburger Antrittsvorlesung vom 11. Mai 1933 auch auf den „*neuen deutschen Staate*“ ein; anders als etwa Eucken und Böhm erhoffte er sich von diesem Staat nicht nur eine „gerechte und weise Rechtsordnung“, sondern auch eine „dem deutschen Volke“ „gerechte Lebensordnung“.³²

Auch Euckens Schüler Leonhard Miksch, der 1937 mit der Monographie „Wettbewerb als Aufgabe“ einen sehr wichtigen Beitrag zur ordoliberalen Theoriebildung publizierte, gehörte anders als Eucken Mitte der 1930er Jahre zu den Liberalen, die die Idee des starken Staates in der politischen Praxis des NS-Regimes zumindest teilweise realisiert sahen und diese Idee aus ihrem wirtschaftspolitisch konturierten Kontext in allgemeine innen- und außenpolitische Zusammenhänge überführten.

Von Eucken haben wir einen Brief an seine Mutter vom 28.3.1936, in dem er auf den Staat zu sprechen kommt.³³ Eucken, eigentlich ein Hegel-Kritiker, verteidigt Hegel gegen Interpretationen des Rechtsphilosophen Julius Binder: „Hegel hatte eine sehr große, wohl übertriebene Schätzung vor dem Staate. Ein Zustand, in dem die Partei dem Staate befiehlt [Binder hatte das in einem Tatwelt-Aufsatz gerechtfertigt – U.D.],³⁴ der Staat und der Staatsapparat also ein von der Partei abhängiges Gebilde ist, entspricht nicht der Ansicht Hegels.“ Wenn man nun auf Euckens Aufsätze von 1932 schaut, dann wird deutlich, dass der neue Staat in seinen Augen, nicht anders als in der Weimarer Republik, zur Beute eines Interessentenhauens geworden ist – und Euckens in Vorträgen und Aufsätzen geäußerte Kritik der Kartellpolitik des NS unterscheidet sich in ihrer Schärfe denn auch nicht von der Kritik der Weimarer Zustände.

³² Abgedruckt in: Uwe Blaurock / Nils Goldschmidt / Alexander Hollerbach (Hg.): Das selbstgeschaffene Recht der Wirtschaft. Zum Gedenken an Hans Großmann-Doerth, Tübingen 2005, S. 77-96, hier S. 93f.

³³ Nachlass Rudolf Eucken V 12, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena.

³⁴ Julius Binder: Philosophie und Staat, in: Die Tatwelt 11 (1935), S. 169-186 und 12 (1936), S. 42-46.

Ausklang

Das Jahr 1938 – das letzte Jahr der Zwischenkriegszeit – markiert einen Einschnitt in die Geschichte des Ordoliberalismus.

1. Die Ereignisse dieses Jahres (der Anschluss Österreichs an Deutschland, das Münchner Abkommen und der anschließende Einmarsch der Wehrmacht ins Sudetengebiet, vor allem aber die Pogrome vom November) führten bei den in Deutschland verbliebenen Ordoliberalen dazu, dass sie ihre politische Haltung grundsätzlich bestimmen mussten. Während sich Eucken und Böhm der Initiative der beiden Freiburger Nationalökonominnen Constantin von Dietze und Adolf Lampe anschlossen und sich in einem Kreis organisierten, dessen Mitglieder nach und nach den Weg vom geistigen Widerstand gegen das Regime in den politischen Widerstand fanden (Freiburger Kreis), näherten sich andere „Freiburger“ dem Regime an. Miksch wurde nach 1938 zunehmend zu einem Verfechter der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft und gab bis 1941/42 wichtige wirtschaftsliberale Prinzipien auf. Bei Großmann-Doerth führte das Staatsverständnis, das wir oben skizziert haben, zu einer schleichenden Annäherung an andere Elemente der nationalsozialistischen Ideologie. Aus einer bloßen Darstellung der Anti-Juden-Gesetzgebung als geltendes Recht in einem Handbuchbeitrag über das deutsche Wirtschaftsrecht wurde nach 1938 die historische Erklärung, dass die Verwilderung des Wettbewerbs vornehmlich durch Juden herbeigeführt wurde.³⁵ Miksch wurde von Eucken, aber auch von Gestrich scharf kritisiert (Eucken 1941 in einem Brief: „Sie stecken tief im Sumpf“);³⁶ zu Großmann-Doerth brach Eucken die wissenschaftlichen und persönlichen Beziehungen ab.
2. An diesen Entwicklungen wird deutlich, dass es keine Deckungsgleichheit von Freiburger Schule (Ordoliberalismus) und Freiburger Kreis gab. Vor allem die Zusammenarbeit Euckens und Böhms mit den Ökonomen Lampe und von Dietze sowie dem Historiker Gerhard Ritter (alle drei keine Vertreter des Wirtschaftsliberalismus) im Widerstand führte dazu, dass in die Wortmeldungen des Freiburger Kreises zu Fragen

³⁵ Vgl. dazu Walter Oswalt: Liberale Opposition gegen den NS-Staat. Zur Entwicklung von Walter Euckens Sozialtheorie, in: Nils Goldschmidt (Hrsg.): Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen 2005, S. 315-353, hier S. 317 f; Alexander Hollerbach: Hans Großmann-Doerth im Kontext der Freiburger Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, in: Uwe Blaurock/Nils Goldschmidt/Alexander Hollerbach (Hrsg.): Das selbstgeschaffene Recht der Wirtschaft. Zum Gedenken an Hans Großmann-Doerth, Tübingen 2005, S. 19-43, hier S. 35 f.

³⁶ Leonhard Miksch: Tagebuch 1931-1945, Bl. 119 r., Privatbesitz Helga Serrano-Miksch.

der Wirtschaftsordnung auch nicht-liberale Auffassungen einfließen – diese Papiere, die dann in den späten 40er und frühen 50er Jahren eine starke Nachwirkung in der Bundesrepublik hatten, waren keine wissenschaftlichen oder wirtschaftspolitischen Grundsatzpapiere, sondern Kompromisspapiere des politischen Widerstands.

3. Ab etwa 1938 orientierten sich die beiden Hauptvertreter des Ordoliberalismus im Exil – Rüstow und Röpke – anders als Eucken stärker hin zu allgemeinen Fragen der Gemeinschafts- und Gesellschaftsordnung. Rein wirtschaftsliberale Positionen wurden dadurch mit gesellschaftspolitischen Ideen verbunden, die z. T. in den Traditionen eines vormodernen Konservatismus wurzelten. Röpke bezeichnet diese Variante selbst als „soziologischen Liberalismus“.
4. Für die weitere Entwicklung des modernen Wirtschaftsliberalismus war es sicher von Bedeutung, dass an der Tagung im August 1938, auf der Gelehrte und Publizisten mehrerer Länder den Liberalismus neu bestimmen wollten, kein Ordoliberaler aus Deutschland teilnahm. Eucken, Böhm und anderen wurde die Ausreise zum Colloque Walter Lippmann in Paris verweigert. Der Ordoliberalismus war nur durch die Emigranten Röpke und Rüstow vertreten. Auf dieser Tagung wurde bereits der Riss spürbar, der dann elf Jahre später die zweite Tagung der Mont Pelerin Society prägen sollte – der Konflikt zwischen den „Altliberalen“ klassischer Laissez-faire Richtung um Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek und den Ordoliberalen.
5. Aber auch innerhalb des regimekritischen Ordoliberalismus lassen sich 1938/39 Tendenzen beobachten, die für seine weitere Entwicklung von Bedeutung sind. In Tagebuchaufzeichnungen und Briefen kritisiert Eucken das für den Ordoliberalismus, aber auch für seine heutigen Kritiker (Manow, Haselbach, Krohn, Seibel, Rüther etc.) so wichtige Buch von Franz Böhm „Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung“. Böhm präsentiert in dem Buch zwar eine grundlegende rechtliche Analyse der Wettbewerbsordnung, lässt in mehreren Abschnitten aber auch anklingen, dass eine aus freier Marktwirtschaft und autoritär geführter Wirtschaft kombinierte Wirtschaftsverfassung nicht nur zeitbedingt, sondern prinzipiell möglich und sogar produktiv sein könnte.³⁷ (s. vor allem S. 60 f., 75-77, 79 f., 81-83, 86 f.). Eucken kritisierte bei aller Wertschätzung der wirtschaftsrechtlichen

³⁷ Vgl. F. Böhm, Ordnung der Wirtschaft, S. 60 f., 75-77, 79 f., 81-83, 86 f.

Analysen Böhms dessen Argumente für eine kombinierte Wirtschaftsverfassung. Eucken wird 1940 in den „Grundlagen der Nationalökonomie“ den grundlegenden Unterschied zwischen beiden Ordnungsprinzipien betonen.³⁸ Im Tagebuch heißt es, dass Böhm „zu viel vom N.S. spricht“.³⁹ Und in Briefen erinnert Eucken den Freund daran, dass es ihr Aufgabe sei, eine funktionsfähige Dauerordnung zu finden und nicht zeitbedingte Zwischenordnungen zu kommentieren. Die neue Ausrichtung auf der Suche nach einer Dauerordnung führte in Freiburg – in der Freiburger Schule und im Freiburger Kreis – zu einer Besinnung auf eine naturrechtliche Basis dieser Ordnung. Man hoffte, den Ansprüchen des totalitären Staates naturrechtlich begegnen zu können. Außerdem begannen Eucken und Böhm, das Verhältnis Freiheit – Ordnung neu zu bedenken. Plädierten beide 1937/38 im Zweifelsfall (Konflikt zwischen Freiheit und Ordnung) für die Priorität der Ordnung – in Böhms Buch wird das an vielen Stellen deutlich –,⁴⁰ so setzte bei ihnen nach 1939 ein neues Freiheitsdenken ein. Euckens Manuskripte der Jahre 1940-1945 sind voll von Notizen zum Thema Freiheit⁴¹ – Freiheit wird für Eucken nun zu einer unbedingten Grundlage einer funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnung. Schon Ende 1941 forderte Eucken in einem öffentlichen Vortrag, dass es das Ziel der zukünftigen Ordnung sein müsse, „die unabdingbaren Freiheitsrechte der Menschen“ zu wahren.⁴² Mit diesem Zitat haben wir die Zwischenkriegszeit verlassen und schon ein neues Kapitel in der Geschichte des Ordoliberalismus aufgeschlagen.

ZITATION:

Uwe Dathe: Der Ordoliberalismus – ein liberaler Neuansatz während der „Krise des Kapitalismus“ in: Heuss-Forum, Theodor-Heuss-Kolloquium 2015, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum/thk2015_dathe.

³⁸ Vgl. W. Eucken, Grundlagen.

³⁹ Walter Eucken: Tagebucheintrag vom 9.5.1937, zit. nach Niels Hansen: Franz Böhm mit Ricarda Huch. Zwei wahre Patrioten, Düsseldorf 2009, S. 78.

⁴⁰ Vgl. F. Böhm, Ordnung der Wirtschaft.

⁴¹ Materialsammlungen. Vorarbeiten zu den „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“, Nachlass Walter Eucken, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena.

⁴² Walter Eucken: Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung. Referat bei der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik, in: Günter Schmölders (Hg.): Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese, Berlin 1942, S. 29-49, hier S. 44.